

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Samstags.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

40. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 11. September 1902.

№ 106.

Zum Fleischwucher!

Seit den biblischen Zeiten zählt der Wucher zu jenen schandbaren Gewerben, die belastet sind mit dem Hass und der Verachtung der Menschen. An diesen Empfindungen hat sich bis heute nichts geändert, geändert hat sich aber auch nichts an den wucherischen Bestrebungen, im Gegenteil, der Wucher ist eine nationale Erscheinung geworden, ja er ist unter Umständen mit der Glorie einer nationalen Tat umgeben. „Schutz der Landwirtschaft“, das ist die Phrase, mit der die Brot- und Fleischpreise wucherisch in die Höhe getrieben werden und kleine, aber machtvolle Gruppen, die Leute von „Besitz und Bildung“, sehen in einem ganzen großen Volke das willkommene Ausbeutungsobjekt für groß angelegte und seit Jahren mit wechselndem Glücke zur Geltung gebrachte wucherische Pläne.

Welches Geschrei entsteht nicht in Unternehmerkreisen, wenn die Arbeiter eine Stundenlohnerhöhung von 2 Pf. verlangen, weil sie „in der Zeit der schweren Not und in der Not der schweren Zeit“ mit dem bisherigen Lohne nicht mehr auskommen können; mit welchem Aufwande sittlicher Entrüstung wird diese „Begehrlichkeit“ zurückgewiesen und die durch die Not zum Streik getriebenen Arbeiter in Verzug erklärt, vermittels schwarzer Listen monatelang, ja jahrelang aller Arbeitsgelegenheit in ihrem Berufe beraubt, mit welcher brutalen Rücksichtslosigkeit sucht man die Arbeiter zum Aufgeben ihrer Organisation zu zwingen — wenn aber mit einem Schlage der Arbeiter zur Bezahlung willfährlich und wucherisch in die Höhe getriebener Lebensmittelpreise gezwungen wird zu kaufen der Junker, einer handvoll modernisierter Raubritter und würdiger Nachfolger ihrer Ahnen vom Stegreife, wenn die Organisation dieser Lebensmittelverteurer ein ganzes Volk zur Verschlechterung der Ernährung, zum Hunger zwingt, damit sich die unerträglichsten Taten der Brot- und Fleischwucherer immer draller runden können, so hat der Arbeiter das Maul zu halten und zu zahlen, weil die Interessen der „notleidenden Landwirtschaft“ allen Volksinteressen voranzugehen haben. Der Arbeiter aber, der in seiner angeborenen Dämlichkeit nicht einsehen will, welche eine große Wohltat mit den Bestrebungen der Junker *e tutti quanti* dem Deutschen Reiche erwiesen ist, wird als sicherheitsgefährliches Individuum unter Polizeiaufsicht gestellt, denn das fehlte gerade noch, daß wegen der Mordgelfucht dieser ewig unzufriedenen Arbeiter uns die schönsten Ideale stören sollten.

So geht es denn weiter auf der abschüssigen Bahn der Zugeständnisse an die agrarischen Schreier. Gestern das Brot, heute das Fleisch, morgen das Brot und übermorgen wieder das Fleisch verteuern, in diesem Rundtanz bewegt sich kommentarlos die Wirtschaftspolitik des Reiches unter der Leitung und dem Beifallsgebrülle der „Edelsten und Besten“. Das eine muß man ihnen lassen, sie haben es verstanden, die Regierung vor ihren Wagen zu spannen. Dabei gehen sie durchaus nicht zimperlich vor, sie gehen im Gegenteil selbstbewußt aufs Ganze. „Ohne Ranitz keine Röhne“, keine Kanäle und „der

König absolut, wenn er uns den Willen tut“. Die Schöpfung der ostelbischen Granden, der Bund der Landwirte, hat seine wirtschaftliche Macht politisch gut zu verwerten verstanden und auch die kleinen Bauern verstand er zu drillen, so daß auch diese auf den Köder der Seuchengefahr angebissen und wider ihre eignen Interessen mit einstimmen in das Geschrei nach hohen Schutzzöllen und Grenzsperrern.

Die Wirkungen der Grenzsperrung für Vieh und Fleischwaren sind denn auch nicht ausgeblieben. Mit einem Schlage stieg der Preis für das Ochsen-, Kuh-, Kalb- und Schweinefleisch um 10 bis 20 Pf. pro Pfund. Daß in dieser Zeit der Fleischnot auch noch die Metzger die „Konjunktur“ auszunützen, ist selbstverständlich, daß die Zwischenhändler, von denen vielfach wiederum die Metzger abhängig sind, nette Sümmechen in die Tasche stecken, versteht sich am Rande, die Möglichkeit dazu wurde aber erst geboten durch den künstlich hervorgerufenen Mangel an Schlachtvieh. Von einigen Hundert Agramern und Viehzüchtern wird jetzt die Ernährung des deutschen Volkes bestimmt, 52 Millionen Menschen sind abhängig gemacht von einer rücksichtslosen Gruppe skrupelloser Lebensmittelwucherer und ihrer Freunde in den verschiedenen Parteien, so namentlich im Zentrum. Wegen der „Seuchengefahr“ und zum „Schutze der heimischen Viehzucht“ sind die russischen, österreichischen, italienischen, holländischen, dänischen und schwedischen Grenzen gesperrt, sind die amerikanischen Quellen verstopft worden. Und es wird noch besser kommen! Am 1. April 1903 tritt das neue Fleischbeschaugesetz vollständig in Kraft, wonach im Jahre etwa 20 Millionen Pfund Schweineleber, Nieren, Herzen, Nieren, Lunge usw. von der Einfuhr ausgeschlossen sind und was dann überhaupt noch herein darf, muß verfalzen sein. Bisher ist schon die Einfuhr von Büchsenfleisch und Würsten total verboten und die Einfuhr von Pöckelfleisch nur in beschränktem Umfange gestattet. Werden also die Grenzen für Schlachtvieh in den nächsten Monaten nicht geöffnet, dann hat das deutsche Volk die Ehre, für die notleidenden Agramer das Pfund frisches Fleisch mit 1 Mk. zu bezahlen! Notabene mit Knochen! Wenn man sich außerdem vergegenwärtigt, daß der verflorrene nazkale Sommer auch das Gemüse und das Obst verteuerte und daß infolge der Krise ganze Industriegruppen daniederliegen, somit mit dieser frivol hervorgerufenen Teuerung eine kolossale Arbeits- und Verdienstlosigkeit Hand in Hand geht, so erhält man einen Begriff von der nationalen Gefahr, welche der Fleischwucher heraufbeschwört. Der Rückgang an Schlachtungen hat auch in Fleischereien, in Schlachthöfen, in der Fleischverarbeitung zu zahlreichen Entlassungen von Arbeitern geführt und mancher im Fleischereigewerbe tätige Geschäftsmann wird an den Rand des geschäftlichen Ruins gedrängt. Für die Massen der Arbeiter war bisher schon der Fleischgenuß ein Luxus, so wie die Dinge heute liegen, wird er bald ein Mythos, ein Gegenstand der Erinnerung sein. Schrieb doch vor Jahren schon einmal die Kölnische Volkszeitung, daß es in Berlin an 7000 arme, schulpflichtige Kinder gebe, denen ein warmes Mittags-

essen obgar Fleisch ganz unbekannte Begriffe sind. Die Grenzen auf und nieder mit den Viehzöllen! muß daher die Parole aller Arbeiter sein, denn der Fleischverbrauch in Deutschland ist ohnehin ein viel zu geringer gegenüber anderen Ländern. Während in Frankreich 42, in England 55 Kilogramm Fleisch auf den Kopf der Bevölkerung kommen, sind es in Deutschland nur 29 Kilogramm. Dagegen wird bei uns mehr Pferde- und Hundefleisch gegessen. Auch Kagenfleisch wird von manchen Personen nicht verschmäht, ebenso werden Dachse, Füchse und Krähen gegessen. In Berlin vergeben verschiedene größere Restaurants ihre Küchenabfälle im ganzen an Hundefutterhändler, diese fortieren sie wiederum und verkaufen Fleischreste à Pfund 15 Pf. an Arme.

Was soll nun werden, wenn diese exorbitanten Fleischpreise bestehen bleiben? Es muß eine Unterernährung in noch höherem Umfange als bisher schon eintreten. Und die Folgen dieser ungenügenden Ernährung drücken sich in Erkrankung und frühzeitigem Tode aus. Schlechte, wässrige Kartoffeln, wie sie sehr häufig die diesjährige Ernte herporgebracht, werden die Hauptnahrung bilden; zwar den Hunger stillen und den Magen füllen, aber den Körper nicht ernähren, der auf diese Weise erschläft und gegen Krankheiten widerstandsunfähig ist. Hekatomben unblutiger Opfer werden auf diese Weise auf dem Altar der Fleischwucherer gemordet.

Wenn man liest, daß in Stolberg im sächsischen Erzgebirge das Pfund Schweinefleisch 90 Pf. kostet, während die Arbeitslöhne 11 bis 12 Mk. betragen, so ist doch für diese Arbeiter und ihre Familien die Fleischnahrung so gut wie ausgeschlossen. Dabei bekommen die Arbeiter für ihr teures Geld das schlechteste Fleisch. Die „feinere Rundschaft“ erhält die besten Stücke ausgesucht und der Arbeiter, der ein halbes, im günstigsten Falle drei Viertel Pfund einkauft, muß mit dem minderwertigen Fleische fürlieb nehmen. Das ist recht eklant dieser Tage im Münchener Gemeindefollegium zu Tage getreten, wo ein Fleischermeister erklärte, die Metzger könnten der Militärküche das Pfund Ochsenfleisch zu dem Preise von 46 Pf. nur deshalb liefern, „weil die wertvolleren Teile des Ochsen an Herrschaften und Hotels zu guten Preisen verkauft würden“. So wird es wohl überall sein, nur mit dem Unterschiede, daß das minder wertvolle Fleisch dem Arbeiter nicht zu 46 Pf. pro Pfund verkauft wird, sondern zu demselben Preise, den „die Herrschaften“ zahlen. Bei den Militärlieferungen spielt das Submissionswesen eine Rolle, daher auch der billige Preis von 46 Pf. Doch das nur nebenbei, in der Hauptsache ist der Fleischwucher an sich die in erster Linie zu bekämpfende Gefahr.

Glücklicherweise ist die Empörung des Volkes über diese wucherischen Manipulationen eine allgemeine und die Regierung wird wohl oder übel diese öffentliche Meinung nicht ignorieren können, unsere Regierungsmänner — den Namen Staatsmänner verdienen sie wahrlich nicht — müßten denn gerade mit Blindheit geschlagen sein, in welchem Falle sie allerdings recht gründlich durch die nächsten Reichstagswahlen sehend gemacht würden.

Auf jeden Fall ist es eine ernste Gefahr für eine Nation, wenn ihr Fleischverbrauch stetig sinkt und sich nur vorübergehend zu heben vermag. Das unter diesen Verhältnissen heranwachsende Geschlecht wird weder physisch noch geistig im Stande sein, die ihm gestellten Aufgaben zu lösen. Andererseits wird gerade der Arbeiter nicht das geringste Interesse mehr an einem „Vaterlande“ haben, in dem er sich trotz fleißiger Arbeit nicht einmal mehr satt essen kann. Es ist erfreulich, daß nicht nur die Arbeiterblätter, sondern auch die bürgerlichen Organe in schärfster Weise das Gebahren der Fleischwucherer kennzeichnen und den Deckmantel der Gesundheitsfürsorge herunterreißen von der darunter stehenden Benachteiligung des Volkes. Stadtverwaltungen, Fleischerinnungen, zum Teile sogar Landwirte, Massenversammlungen gehen Hand in Hand in dem Verlangen der Aufhebung der Grenzsperrn und der Beseitigung der Viehhölle. Es ist Humburg, daß mit Hilfe der Grenzsperrn einer Verseuchung des deutschen Viehbestandes vorgebeugt werden soll, dagegen ist erwiesen, daß die Maul- und Klauenseuche viel weniger in den Grenzdistrikten als vielmehr im Innern des Landes am häufigsten und ausgedehntesten anzutreffen ist. Wenn die Regierung hier etwas tun will, so mag sie der von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bereits im Jahre 1893 beantragten obligatorischen Viehversicherung zustimmen, die Regierung mag durch strenge Kontrolle der Stallungen gegen die Seuchengefahr Vorkehrungen treffen, das wird nützlicher sein als alle Absperrungsmaßregeln. Da Deutschland auf die Einfuhr von Schlachtvieh angewiesen ist, haben es die Viehzüchter in der Hand, mit Hilfe des Eingangszolles das gesamte Fleisch zu verteuern, da der Marktpreis immer vom Zolle abhängig gemacht wird und vom Konsumenten bezahlt werden muß. Welchen Einfluß es auf die Lebenshaltung des Volkes haben muß, wenn die Einfuhr von Schlachtvieh künstlich erschwert wird, mag die Tatsache beweisen, daß z. B. im Jahre 1893 Schweine im Werte von 98 Millionen eingeführt wurden, im Jahre 1896 dagegen, am Ausgange der Krise, nur für 7 Millionen. Es wird höchste Zeit, daß die Parole in Deutschland ausgegeben wird: Gegen die Agrarier! Alle Parteien müssen den Boden einer Verständigung finden, der es ermöglicht, daß eine dauernde Koalition gegen diese Wucherpartei zu Stande kommen kann. „Unser Volk muß zu Grunde gehen, wenn es nicht gelingt, dieser „Politik“ Halt zu gebieten“, schreibt die Schiffs-Arbeiter-Zeitung. Nun, da wäre es für die Sozialdemokratie vielleicht jetzt an der Zeit, doktrinären Eigenfinn in nützliche Realpolitik umzuwandeln. Wir als Arbeiter und Gewerkschaftler verlangen, daß unseren gefährdeten Lebensinteressen in der greifbaren Gegenwart Rechnung getragen wird, dies wird aber nur möglich sein von dem Standpunkte aus, daß eine Hand die andre wäscht und das gilt zwischen Parteien und Regierung wie zwischen Menschen überhaupt.

Korrespondenzen.

Scht. Breslau. Die 19. Ordentliche Hauptversammlung des Gau's Schlesien fand am 31. August in Liegnitz statt und waren zu derselben 41 Delegierte erschienen. Von den gefassten Beschlüssen seien folgende hier registriert. Ein Gauverwalter wird angestellt, dessen Wahl durch Urabstimmung erfolgt; zur Prüfung der eingegangenen Bewerbungen, wobei nur Mitglieder aus dem Gau Schlesien berücksichtigt werden, wird eine Kommission, welche aus dem Gauvorstande und je zwei Delegierten aus Provinz und Vorort besteht, gebildet. Ein Zuschuß zum Sterbegelde wurde beschlossen, und zwar bei 250 Wochen Karenzzeit 25 Mk., bei 500 Wochen 50 Mk., bei 750 Wochen und darüber 100 Mk., den auch diejenigen bezugsberechtigten Mitglieder erhalten, welche event. aus dem Gau verziehen. Für diese neuen Ausgaben und hauptsächlich zur Stärkung des zusammengebrochenen Gauvermögens wird der Beitrag um 5 Pf. pro Woche erhöht. Der von Hirschberg gestellte Antrag: „Mitglieder, welche im Gau ausgesteuert und nachher in einem andern Gau gearbeitet und gesteuert, welcher mit Schlesien nicht in Gegenfälligkeit steht, werden nach ihrer Rückkehr in den Gau erst nach Leistung von 26 Wochenbeiträgen von neuem bezugsberechtigt“, wurde angenommen. Die gefassten Beschlüsse treten mit dem 1. Oktober 1902 in Wirksamkeit und haben keine rück-

wirkende Kraft. Der erhöhte Beitrag wird erstmalig am 4. Oktober erhoben. Der Antrag Breslau auf Verminderung der Delegiertenzahl fand nicht die nötige Unterstützung und der von Kattowitz, welcher bei Wahlen zur Generalversammlung nur den Bezirksvereinsmitgliedern ein Vorschlagsrecht einräumen will, fand durch Uebergang zur Tagesordnung seine Erledigung. — Die Anstellung des Gauverwalters rief wegen der damit verbundenen Erhöhung des Beitrages eine ausgedehnte Debatte hervor, wogegen der Antrag Kattowitz, der offenbar nur gestellt wurde, um den Delegierten ein Bild oberflächlichen Unfriedens zu zeigen, zu stürmischen Auseinandersetzungen führte. Mit Recht hob Gauvorsteher Schlag in seinem Schlußworte hervor, daß mit solchen Willkürlichkeiten dem Ganzen nicht gedient sei, man solle sich in Obereschlesien, wo es noch so viel zu tun gebe, zu praktischer Arbeit vereinigen; in diesem Sinne gelte sein Hoch dem Verbands, in das alleseitig freudig eingestimmt wurde. — Der Bezirksverein Liegnitz hatte nach besten Kräften für das Wohl der Delegierten gesorgt, auch für den Schluß eines Familienabends arrangiert, der aber infolge der langen und aufreibenden Sitzung bei manchem seinen Zweck nicht zu erfüllen schien. Dem Vorstande jedoch, den Solokräften, und nicht zuletzt den Mitgliedern mit ihren Damen sei nochmals für ihre Mithewaltung im Namen aller bestens gedankt.

H. Dresden. Die Generalversammlung des Dresdener Buchdruckervereins vom 26. August wurde mit der Berichterstattung über das abgelaufene Vereinsjahr eingeleitet, um dann die Jahresrechnung auf Vorschlag der Revisoren zu genehmigen. Die Beiträge wurden in der bisherigen Höhe belassen. Ferner wurde beschlossen, daß Gehalt des Kassierers alle zwei Jahre um je 50 Mk. zu erhöhen, bis der Höchstgehalt von 800 Mk. erreicht sei; die erste Staffel ließ man rückwirkend mit dem 1. Januar 1902 eintreten. Weiter wurde die Remuneration für den Vorstand und die Revisoren sowie Vorschläge zur Wahl des Vorstandes und der Revisoren angenommen, welche durch Urwahl vollzogen werden soll. — In der sich hieran anschließenden Versammlung der Gauvereinsmitglieder erstattete Schalle eingehend Bericht über den Gantag. Es entspann sich eine lebhafte Debatte über die vom Gantage beschlossene Urabstimmung über Beitragserhöhung oder Herabsetzung der Leistungen für Kranke und Arbeitslose. Die Mehrzahl der Redner wandte sich gegen eine Steuererhöhung und empfahl Herabsetzung des Krankengeldzuschusses, Erhöhung der Krankenzeiten zum Bezuge der Höchstleistungen des Krankengeldzuschusses und von einem Redner wurde auch die Arbeitslosen-Unterstützung mit einbezogen. Ferner wurde Steinbrück als Kandidat zur Wahl des zweiten Beihilfenstellvertreters für den Kreis VII nominiert. — Weiter wurden die Kandidaten zur Wahl der Beihilfenleiter und deren Stellvertreter beim Dresdener Tarifschiedsgerichte aufgestellt.

lb. Leipzig. (Mitgliederversammlung vom 29. August im Theaterjaale des Kristallpalastes.) Der Vorsitzende Engelbrecht berichtete über die Tätigkeit des Vorstandes, daß seit der letzten Mitgliederversammlung 19 Aufnahmen und 2 Austritte zu verzeichnen seien, während 2 Mitglieder ausgeschlossen werden mußten, darunter der Drucker Ernst Thomas wegen Konditionierens in der für Mitglieder geschlossenen Druckerei Grumbach. Der Redner bemerkt hierzu, daß der Verein den Verlust dieses „teuren“ Mitgliedes nicht zu bedauern brauche, sondern wir es nur begrüßen könnten, daßselbe auf so billige Weise losgeworden zu sein; allerdings konnte der Vorstand schon des öftern Gelegenheit nehmen, den Ausschuß des T. wegen dessen moralischer Qualifikation bei der Mitgliederversammlung zu befrachten, jedoch in Rücksicht auf die bemitleidenswerte Thomasmasse Familie sei dies unterlassen worden; der Firma Grumbach aber könnten wir auf dieser neuesten Aquisition nur gratulieren, denn sie sei bis jetzt — trotz der üblen Erfahrungen, welche sie mit den verschiedenen Angeworbenen gemacht — durch Schadeu immer noch nicht flug geworden. Neuerdings habe nun auf Veranlassung des Direktors der Typograph-Gesellschaft in Berlin eine Unterredung zwischen den Inhabern der Firma Grumbach und dem Vorsitzenden zwecks Aufhebung der Sperre über genannte Druckerei stattgefunden, welche aber bei dem ablehnenden Verhalten der Firmeninhaber betreffender Offizin zu keinem befriedigenden Resultate geführt habe und insulgebessenen die Firma Grumbach nach wie vor für Verbandsmitglieder geschlossen sei. Betreffs des Wiederan schlusses der Gewerkschaft an den Verband gab Redner einige Aufklärungen und bemerkte hierbei, daß zur Regelung der Leipziger Volkszeitungsangelegenheit, von welcher seitens der Leipziger Kollegen die Vereinigung mit der Gewerkschaft abhängig gemacht würde, bereits Schritte eingeleitet seien. In der am 12. September abzuhaltenden Versammlung würden die Leipziger Mitglieder in dieser Angelegenheit unbüßig beschluß zu fassen haben. Hierauf wurde als Kandidat zur Wahl eines Tarifvertreters einstimmig, Max Wintner gewählt, nachdem Eichler aus den auf der Generalversammlung des Verbandes geltend gemachten Gründen eine Wiederwahl abgelehnte; als Stellvertreter wurde Engelbrecht vorgeschlagen. Sodann wurde der Gezer Gurenoff wegen betrügerischer Handlungen dem Vereine gegenüber (G. hatte für sechs Wochen, während welcher er in Kondition bei der Firma S. stand, Konditionslosen-Unterstützung bezogen) einstimmig ausgeschlossen. Eine längere Debatte knüpfte sich an die Maßnahme des Vorstandes betr. Nichtbewilligung von Kranken-

Unterstützung an das Mitglied L., welches die ihm vom Geschäft bewilligten 14-tägigen Ferien dazu benutzte, sich als arbeitsunfähiger Patient vom Arzte Landaufenthalt verschreiben zu lassen, um außer dem Gehalte noch die Kranken-Unterstützung beziehen zu können. Da L. bereits im Vorjahre dieselbe Manipulation ausgeführt und um für später vorkommende ähnliche Fälle eine Richtschnur zu haben, ließ der Vorsitzende die Versammlung im Prinzip darüber entscheiden, ob es zulässig sei, daß ein Mitglied seine Geschäftsferien dazu benützt, sich während derselben krank schreiben zu lassen, um neben dem Gehalte noch Kranken-Unterstützung beziehen zu können. Obwohl L. in eigener Sache wiederholt das Wort ergriff, um sich zu rechtfertigen, stellten sich sämtliche Redner auf Seite des Vorstandes und einstimmig entschied die Versammlung im Sinne des Beschlusses.

Rundschau.

Das stenographisch aufgenommene Protokoll der jüngeren Generalversammlungen ist nun im Druck erschienen und bringt wortgetreu die verschiedenen Gängeleistungen der Rhetorik, dann aber wohl auch so manche — wenigstens vor einem so hohen Auditorium gehaltene — „Jungferrede“. 200 Seiten (18 davon von der Zentral-Invalidentasse, die übrigen 182 vom Verbandsbeirat) umfaßt dieses Dokument, welches von dem Wirken und den Bestrebungen unserer Organisation „beredetes“ Zeugnis ablegt, und die 542 gehaltenen Reden lassen wohl auf ersprießliche Behandlung der einzelnen Punkte schließen. Letzteres wird auch bekräftigt durch die rege Teilnahme der Delegierten an den Debatten, denn nur 43 von den 113 anwesenden Personen haben nach dem Grundsatze „Schweigen ist Gold“ gehalten oder sind, wie ein Redner in der Hitze des Gefechts einmal äußerte, bei der Geschäftsordnung „unter den Tisch gefallen“, während die übrigen 79 Teilnehmer mehr oder weniger oft das Wort ergriffen. 25 Redner äußerten sich je einmal, 8 Redner je zweimal, 8 je dreimal, 11 je viermal, 7 je fünfmal, 3 je sechsmal, 2 je siebenmal, 3 je achtmal, 1 neunmal, 1 einmal, 2 je zwölffmal, 1 sechszehnmal, 2 je siebzehnmal, 2 je neunzehnmal, 1 zwanzigmal und 1 dreiundzwanzigmal; dem zur Geschäftsführung und damit zum vielen Reden gezwungenen Vorsitzenden des Verbandes wollen wir mitbedenke Umständen zusprechen und bei der Statistik übergehen. Aber auch der Umfang der einzelnen Reden fordert geradezu zur Bewunderung heraus; ist die Halleische Generalversammlung vom Jahre 1896 in dieser Hinsicht mit Reden von 17 000, 19 000 und 20 000 gesprochenen Worten zwar noch ein non plus ultra, so wollen die 15 800 Worte, welche die Rede unseres Redateurs der Corr.-Debatte umfaßt, wohl auch etwas bedeuten, zumal jene beiden Partner Feuerschein und Hildenbrand mit 4900 bezw. 4700 Worten dagegen weit zurückblieben. Selbst der Referent in be- regter Angelegenheit „verlor“ dazu nur 3500 Worte und so ging es unter den 17 Rednern zu der Gewerkschafts-kongress- und Corr.-Frage herab bis auf den Umfang der Rede zwar bescheidenen, an Deutlichkeit aber nichts vermessen lassenden Giesede, der in 378 Worten sein Verkenntnis dahin festlegte: „nicht eher mit der Partei Frieden schließen zu wollen, so lange sie (die Partei) nicht selber den Wunsch zum Frieden befundet.“ In der Tarif-debatte behielt der Tarif-Amts-Sekretär mit 8300 Worten die Priorität, dem die angebildet angegriffenen sieben Delegierten Rheinland-Westfalens mit zusammen 5400 Worten erwiderten. Bei diesen beiden Tagesordnungspunkten sind etwa 61 800 Worte angewandt, um der Tendenz unserer Organisation und dem Wirken der Tarifgemeinschaft entsprechenden Ausdruck zu verleihen. Bei dem Sängerkriege auf der Wartburg trug seinerzeit das wohl-gesetzte poetische Wort in feinsten Zintonierung die Palme davon, während der Tagung des Buchdruckerparlamentes in München waren die Helden des edlen Wettstreites in zwar recht prosaischer, dafür aber in möglichst überzeugender Redewendung bemüht, Zustimmung bei den Hörern zu erzielen. Wir können diese kleine aber sicher interessante Spielerei mit Goethe in Frankfurt: „Der Worte sind genug gewechselt, laßt mich auch endlich Laten sehn“, schließen und für unsre Organisation als Resultat der Generalversammlung weiteres Wüthen und Gedeihen wünschen.

Sonnabend den 13. September feiert der Maschinenmeister Karl Briske bei H. Henze, Verlags- und Kunst-anstalt, in Leipzig sein 50-jähriges Berufsjubiläum. Briske trat im Jahre 1852 bei Hül. Neclan in die Lehre. Nach dem Vorgange des deutschen Tarif-Amtes in der Lehrlingsfrage haben auch Prinzipal- und Beihilfen- verband in Pesterreich an das dortige Handelsministerium eine Eingabe gerichtet, in welcher dasselbe um einen Er-laf an alle Gewerbebehörden in erster Instanz gebeten wird, worin ausgesprochen werden soll, daß bezüglich des Beschäft-nisses der Zahl der Lehrlinge zur Zahl der Beihilfen die in § 9 des Normal-Lohnntarifes für alle gelernten und qualifizierten Buchdrucker- und Schriftgießereigeheilen der österreichischen Kronländer festgelegten Bestimmungen für alle Buchdruckereien und Schriftgießereien maßgebend sind.

Der Dresdener Anzeiger, dessen Erträgnisse der Stadtgemeinde zu Verschönerungszwecken zufallen, hat im Jahre 1901 einen Reinertrag von 321 336 Mk. abge-worfen, ein Mehr von 90 060 Mk. gegen das Vorjahr. Eine Stichprobe auf die Behauptung, daß alle Staatsbürger gleiche Rechte haben, machten die Buchdrucker

in Wien. Sie reichten nämlich beim Ministerium das Statut eines „Vereins zur Entschädigung von topographischen Arbeitern in Streifjällen“ zur Genehmigung ein, das in allen seinen Teilen genau dem bereits genehmigten Statut einer Unternehmer-Streifkassette entspricht, aus welcher den durch einen Streit geschädigten Mitgliedern eine bestimmte Unterstützung zugesichert wird. Nach achtmonatiger Ueberlegung kam das Statut an die Absender zurück mit dem Bemerkten, daß dasselbe nicht der finanziellen Forderung und des Versicherungsstechnischen Aufbaues den zu stellenden Anforderungen nicht entspreche. So — nun hatten die Petenten schwarz auf weiß die Gewißheit, daß es nicht daselbe ist, wenn zwei dasselbe tun. Und weiter hatte die ganze Sache keinen Zweck, denn in Streifjällen werden die betr. Arbeiter nach wie vor unterführt, nur mit dem Unterschiede, daß dies bei den Unternehmern mit und bei den Arbeitern ohne ministerielle Genehmigung geschieht.

Eine katholische Lehrlingsanstalt im Oesterreichischen wird entdeckt haben, daß katholische Buchdrucker heutigen Tages besonders verfolgt und verspottet werden und Gefahr laufen, den katholischen Glauben und mit ihm auch die Sittlichkeit zu verlieren. Um sie vor diesen Gefahren zu behüten, ist die Anstalt bereit und glaubt den „Gesährdeten“ einen besonders Dienst damit zu erweisen, wenn sie ihnen Konditionen in der Anstalt anbietet, vorausgesetzt, daß die Bewerber keinen Lohn verlangen. „Es würde uns freuen, wenn Sie einen Versuch bei uns machen wollten“ — schreibt der Direktor der Anstalt an einen Kollegen. Letzterer hat natürlich darauf verzichtet, dem Direktor diese Freude zu bereiten. Zu welcher unlauteren Manipulationen nicht die Religion herhalten muß!

In Hamburg erteilt der Reformbildungsverein (Vorstandsmitglied A. D. Herbst, 30. Mansteinstr. 47) gegen einen Monatsbeitrag von 50 Pf. Unterricht in der englischen und französischen Sprache und der doppelten Buchführung. Am Schlusse des Unterrichtes findet eine Prüfung statt und wird auf Wunsch ein Zeugnis über erlangte Fähigkeiten ausgestellt. Gänzlich Unbemittelte sind vom Beiträge befreit und erhalten auch die Lehrmittel unentgeltlich. Der Unterricht wird auch schriftlich nach auswärts erteilt und die Arbeiten kostenfrei korrigiert.

Die Münchener Allgemeine Zeitung ist auf dem Gebiete der Reform eine wunderlichen Einfall gekommen. Das Blatt beabsichtigt, allmonatlich eine „Ehrentafel der deutschen Arbeitgeber“ zu veröffentlichen, worin alle die Firmen aufgenommen werden sollen, welche irgend welche Aufwendungen für die Arbeiter, außerhalb der Arbeiterversicherung, machen. Ueber die Aufnahme in diese „Ehrentafel“ entscheidet aber nicht etwa eine unparteiische Kommission, sondern der betreffende Unternehmer selbst, er hat nur nötig, seine Adresse nebst Angabe der Umstände, welche nach seiner Ansicht die Aufnahme rechtfertigen, an die Redaktion einzuliefern. Auch die Form der Veröffentlichung ist ihm überlassen.

Der Redakteur der Sattler-Zeitung wurde von einem Militärfabrikanten schwer beleidigt und antwortete hierauf in einem humoristischen Artikel „vom tapfern Schneiderlein“. Der besagte Fabrikant scheint das Recht zu begehren als ein besonderes Monopol der Unternehmungskasse in Anspruch zu nehmen, über das der Beleidigte sich nicht einmal lustig machen darf. In dieser Meinung wurde er bestärkt durch Uebnahme seiner Klage seitens der Staatsanwaltschaft „im öffentlichen Interesse“ und durch Beurteilung des genannten Redakteurs zu 30 Mk. Geldstrafe.

Die Deutsch-Amerikanische Typographia gibt Bericht über ihr 29. Geschäftsjahr (vom 1. Juli 1901 bis 30. Juni 1902), das als ein sehr ruhiges, nur durch einen Streit gestörtes bezeichnet wird und — relativ gesprochen — nach allen Seiten hin befriedigt. Der eben erwähnte Zustand an der Minneapoliser Freie Presseherold führte schon nach einwöchiger Dauer zu einem vollen Erfolge, während in Philadelphia und Chicago die Verbandsgegner noch immer den heftigsten Widerstand bereiten und den Kampf der Geschlossenheit dagegen immer wieder von neuem ansuchen. Wenn die Mitgliederzahl auch von 1023 auf 997 zurückgegangen ist (in 12 Zweigvereinen reduzierte sich der Stand um zusammen 35, in 4 Zweigvereinen stieg die Zahl um insgesamt 9, 5 Typographias zeigten keine Veränderung), so spiegelt sich darin nicht etwa der Verlust von Offizinen wieder, sondern ganz natürliche Ursachen — Eingehen deutscher Zeitungen und dergleichen — kommen dafür in Betracht. Der Bericht klagt aber über zu schwachen Verkaufungsbesuch in verschiedenen Zweigvereinen und gibt Ratsschlüsse, wie diesem — nicht auf Amerika allein beschränkten — Uebelstande abzuhelfen ist. Die Jahreseinnahme belief sich auf 25649,30 Doll., die Ausgabe auf 25571,98 Doll., so daß ein Ueberschuß von 77,32 Doll. erzielt wurde, mit welchem das Vereinsvermögen auf 11330,27 Doll. (11,36 Dollar pro Kopf) stieg. Von den Ausgaben wollen wir besonders hervorheben: 7839 Doll. Arbeitslohn, 2691,60 Dollar Streit- und 107,28 Doll. Reise-Unterstützung, 4977,98 Doll. an Kranke, 3575 Doll. an Sterbe- und Auskaufsgeld, 1043,12 Doll. für die Verwaltung und 5338 Dollar Beitrag an die Bundeskasse.

Die Gesamtzahl der am 1. Juli dieses Jahres laufenden Invalidenrenten betrug in Deutschland 534000 gegen 509166 am 1. April dieses Jahres, die Zahl der Altersrenten 173957 gegen 176941, die der Krankenrenten (§ 16 des Invaliden-Versicherungsgesetzes) 10413 gegen 9499. Der Beitrag wurde zurückgezahlt von

1. Januar 1901 bis 30. Juni 1902 an 821438 weibliche Versicherte, die in die Ehe getreten sind, an 848 versicherte Personen, die durch einen Unfall dauernd erwerbsunfähig im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes wurden, an 181057 Hinterbliebene von Versicherten, insgesamt 1003343 gegen 925915 bis zum 31. März 1902.

Ergebnisse werden zurzeit vom preussischen Handelsministerium gepflogen darüber, nach welcher Richtung hin die am 31. Dezember 1903 ablaufende Bundesratsverordnung über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Ziegeleien eventuell veränderte werden kann. Es handelt sich hierbei hauptsächlich darum, ob die Beschäftigung in den über den Oesen belegenen Trockenräumen aus sittlichen und gesundheitlichen Gründen zu unterjagen ist, ferner um Wegfall der bisher gewährten Ausnahmen betreffs der Arbeitszeit. Endlich soll untersucht werden, ob die Wanderarbeit von Arbeiterinnen in Ziegeleien zu unterjagen oder zu beschränken ist. — In Baden finden Untersuchungen über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter statt. Die Bezirksämter sollen feststellen, wie sich die Verhältnisse des Arbeitsmarktes zurzeit gestaltet haben, ob und in welcher Industrie Arbeiterentlassungen eingetreten oder Verjäger oder Kürzungen der täglichen Arbeitszeit eingeführt sind und ob eine Zunahme oder Abnahme der Arbeitslosigkeit für den kommenden Winter im Vergleich zum Vorjahre zu gewärtigen ist. Des weiteren soll ermittelt werden, wie weit in günstiger Lage befindliche Industrien etwa im Stande sein werden, den aus anderen wegen Arbeitsmangel ausscheidenden Arbeitern Beschäftigung zu gewähren und welche Maßnahmen seitens der Behörden allenfalls in Aussicht genommen werden müssen, um einer etwaigen Arbeitsnot zu begegnen.

Die im Gewerbegehe vorgetragene Gesellenprüfung gefüllt dem Verbands Berliner Metallindustrieller deshalb nicht, weil sie nur von den Prüfungsausschüssen der Handwerkskammern oder Innungen vorgenommen werden kann. Der Verband hat in einer Eingabe an den Handelsminister verlangt, daß Schulen oder Lehrlingswerkstätten in Fabriken ebenfalls das Recht erlangen, auf Grund besonderer Prüfungen Zeugnisse auszustellen, welche den Inhaber berechtigten, Lehrlinge im Handwerke anzustellen. Diesem Gesuche glaubte der Minister nicht entsprechen zu können, da den Lehrlingen in Fabriken nichts entgegenstehe, ihre Prüfung vor den betreffenden Ausschüssen der Handwerkskammern abzulegen. Wenn das Gesetz die Ablegung der Lehrzeit im Großbetriebe zulasse, so werde damit diesen Lehrlingen zugleich das Recht gegeben, die Gesellenprüfung im Handwerke abzulegen. Nur im Falle hierdurch die Handwerkskammern etwa überlastet würden, könne an die Einföhrung besonderer, von der Kammer unabhängiger Prüfungsausschüsse gedacht werden. — Wir halten von den Prüfungen, wenigstens von den mündlichen, überhaupt nichts, es kann dabei, aus irgend einem unberechenbaren Zufalle, der tüchtigste Arbeiter durchfallen, ein anderer den Sieg davon tragen.

Im Buchhandel in Berlin und Leipzig ist im Laufe dieses Sommers angeregt worden, an Sonn- und Abenden die Geschäfte um 5 Uhr zu schließen. In beiden Orten haben eine große Zahl, darunter die bedeutendsten Firmen diesen früheren Geschäftsschluß zur Durchführung gebracht und werden gefunden haben, daß es auch so geht.

Ausstände. An dem Uebelstreik bei Vorjig in Tegel bei Berlin sind 142 Dreher beteiligt, nur 9 verblieben in Arbeit. Der Streik der Handelsangestellten und Hilfsarbeiter in der Firma John Carven Burleigh in Berlin endete mit einem vollen Erfolge der Ausständigen. An dem Leberarbeiterstreik in Brandenburg sind noch 89 Mann beteiligt, nachdem 32 abgereist sind. In Hannover sind die Arbeiter der Metallwarenfabrik von Steinfeld & Blasberg in Aktion getreten. Sie verlangen Festlegung der Accordtarife und Garantie eines Stundenlohnes von 38 Pf. In Frankfurt a. D. und Rendsburg setzten die Töpfer Lohnverhörungen durch. Der Zustand in den Kohlengruben von Kanawha und am New River in West-Virginien, an welchem 15000 Mann beteiligt waren, endete erfolglos. Dagegen dauert der Kohlenarbeiterstreik in Pennsylvania noch fort.

Das Verhalten der Unternehmer zum Arbeiterschutz ist in allen Ländern ein fast durchweg rentientes. So waren im Jahre 1901 in Frankreich 1019 Vergehen gegen das Gesetz von 1892, welches die Beschäftigung von Kindern unter 13 Jahren in der Industrie verbietet, zu verzeichnen. Noch zahlreicher waren die Vergehen gegen das Gesetz betr. die Dauer der Arbeitszeit. In 4572 Fällen (gegen 2959 im Jahre 1900) ist gegen das Gesetz betr. die Frauen- und Kinderarbeit und in 2914 Fällen (gegen 892 im Jahre 1900) gegen die Bestimmungen betr. die Arbeitszeit der Erwerbslosen verstoßen worden. — In London wurde das Gesetz, welches die Arbeitszeit von Personen unter 18 Jahren in Laben-geheimnissen auf höchstens 74 Stunden (einschl. Mahlzeitenpausen) beschränkt, im vorigen Jahre in 10194 Fällen übertreten, wovon jedoch nur 110 Fälle zur Anzeige und 100 zur Verurteilung gelangten. Dabei kommen nur 27000 Betriebe in Frage. Mit der vorerwähnten „Sitzgelegenheit“ sieht es zwar etwas besser aus: Von 19614 Fällen mit 46492 beschäftigten weiblichen Angestellten waren nur 657 Fälle zu registrieren, in welchen dem Gesetze in unzulänglicher Weise entsprochen wurde. Aber man darf nicht vergessen, daß die Gelegenheit gegeben ist, wenn die nötige Anzahl Stühle vorhanden. Damit ist aber noch nicht gesagt, daß den Angestellten auch Zeit zum Sitzen gewährt wird.

Ein Schiedsrichter in Schottland hat kürzlich eine Entscheidung getroffen, die sich hören läßt. Eine Stahlwarenfabrik glaubte infolge der Einföhrung von 10 bis 40 konneter Maschinen die Arbeitslöhne um 10 bis 40 Proz. reduzieren zu können, während der Schiedsrichter ihr nur 5 bis 17 1/2 Proz. zugestand. Der Schiedsrichter gesteht dem Arbeiter das Recht zu, an dem durch die verbesserten Maschinen erzielten Verdienstüberschusse teilzunehmen. Wenn er trotzdem zu einer Herabsetzung der bisher geltenden Stücklöhne kommt, so ist diese eine nur scheinbare, da sich die Leistungsfähigkeit der Arbeiter erhöht hat und damit der Lohn an sich gestiegen ist, ohne daß die körperliche wie geistige Anstrengung sich gesteigert.

Eingänge.
Moderne Kunst, Illustrierte Zeitschrift. Verlag: Richard Bong, Berlin, Leipzig. Hest 25 und 26. — Jährlich 24 Heste à 60 Pf. und 2 Extraheste à 1,20 Mk. — Diese beiden letzten Heste des laufenden Jahres — wovon die letztere als „Sommernummer“ präsentiert — bringen u. a. „Aus der Welt des Tanzes“ sowie von einer „Großgluckerfabrik“ Theodor Wundts fesselnde Schilderungen und schöne Bilder.
Zur Guten-Stunde (Salonhest), Illustrierte Zeitschrift. Verlag: Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin, Leipzig. Hest 12. — Preis pro Hest 60 Pf. — Empfiehlt sich durch seine guten Romane und interessanten illustrierten Erzählungen und Beschreibungen. Gratisbeilage: Friedrich Hebbels ausgewählte Meisterwerke.
Für Alle Welt, illustrierte Zeitschrift mit der Absetzung Neueste Erfindungen und Entdeckungen auf allen Gebieten der Naturwissenschaften und Technik. Verlag: Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin, Leipzig. Hest 27 und 28. — Jährlich 28 Heste à 40 Pf. — Der mit Hest 28 schließende achte Jahrgang hat dem Programm des Verlegers alle Ehre gemacht und empfiehlt sich diese durch Inhalt und Illustration stets hervortretende Zeitschrift eigentlich selbst.

Von der Illustrierten Welt, Jahrgang 1902, liegt der Schluß des 50. Bandes (Hest 26 bis 28) vor. Die Zeitschrift wird nun mit dem „Buch für Alle“ verschmolzen und geht unter dem Titel „Illustrierte Welt bereinigt mit Buch für Alle“ in den Verlag der Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart über.

Briefkasten.
F. in Berlin: 1. Selbstverlag von Jul. Müller in Berlin, Oneienaustraße 2. Mäfer. — Herrn B. G. Dibrichsen: Bitte Ihre Adresse der Hauptverwaltung (Berlin SW 29, Chamissoplatz 5, III) mitzuteilen. R. F. in Stuttgart: 4 Mk. — M. Glabbach: 60 Pf.

Verbandsnachrichten.
Bezirk Krefeld. Der Drucker Friedrich Hoffmann aus Münster i. Westf. wird hierdurch aufgefordert, innerhalb acht Tagen sein Buch einzulösen, andernfalls Ausschluß erfolgt. Selbiger konditionierte zuletzt in Krefeld.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigeigte Adresse zu richten):
In Bochum 1. der Profurist J. W. Faßbender, geb. in Bochum 1878, ausgel. in Leipzig 1901; 2. der Seher Mich. Schröder, geb. in Minden 1883, ausgel. in Bochum 1902; waren noch nicht Mitglieder. — Feinr. Danneleier, Mauritiusstraße 16.
In Elmshorn der Seher Franz Detlef Biel, geb. in Elmshorn 1882, ausgel. das. 1901; war schon Mitglied. — In Heide (Holstein) der Seher Max Gühring, geb. in Berlin 1877, ausgel. das. 1895; war schon Mitglied. — J. Chr. Heismann in Hensburg, Angelburgerstraße 44.
In Harburg der Seher Joh. Sultenfuß, geb. in Notenburg (Hann.) 1878, ausgel. das. 1897; war schon Mitglied. — Herrn Stege in Lüneburg, Holzberg 8a.
In Hörde der Drucker Otto Kaat, gen. Weidling, geb. in Kleinheldorf 1879, ausgel. in Bremen/Stein 1897; war schon Mitglied. — Feinr. Becker, Westenhellweg 120.
In Verden der Seher F. Feiß, geb. in Cuxhaven 1874, ausgel. das. 1892; war schon Mitglied. — Alb. Spielermann in Oestemünde; Schönianstraße.
In Teschen der Drucker Franz Szwachula, geb. in Bimik b. Biala 1881, ausgel. in Bielitz 1900; war schon Mitglied. — R. Marzhan in Troppan, Sakgasse 33.

Reise- und Arbeiterschutz-Unterstützung.
Hauptverwaltung. Da der Seher Heinrich Schulz aus Rostock (Spth.-Nr. 30154) wegen Betrugs ausgeschlossen wurde, ist demselben Buch und Reiselegitimation abzunehmen und beides nach hier einzulösen. — Das Buch des Seher August Niemann aus Wienburg (Spth.-Nr. 19723) ist zur Kontrolle der geleisteten Beiträge bezw. der bezogenen Unterstützungen nach hier einzulösen.
— Die Herren Verwalter wollen dem Seher Richard Feder aus Biegnitz (Spth.-Nr. 22950) den Betrag von 3 Mark von der Reise-Unterstützung in Abzug bringen und portofrei (auf Kosten des F.) in Briefmarken nach hier einlösen, jedoch nicht am Schlusse des Monats mit der Abrechnung, sondern in einem besonderen Briefe. (Diese Notiz wurde bereits am 29. Juli veröffentlicht, von den Verwaltern jedoch bis jetzt nicht zur Ausführung gebracht.)
Bochum. Der Fremdenverkehr befindet sich beim Wirt Krüger, Louisestraße. Die Herren Reisekasserver-

